



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 542

Einwohnerratssitzung vom Montag, 21. September 2026, 19.00 Uhr

Anwesend	30/32/31 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend/entschuldigt	ER	Sylvie Anderrüti (bis 19.25 Uhr), Olivier Bally, Billie Grether, Tobias Henzen, Eva Keller, Delia Moldovanyi, Mauro Pavan, Didier Pfirter (bis 19.40 und ab 20.15 Uhr), Susanne Puppato, Tiziana Stern
	GR	
Vorsitz	Sebastian Enders	
Protokoll	Nurhan Tasdelen	
Weibeldienst	entschuldigt	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|----|--|------|
| 1. | Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Rechnungsprüfungskommission | 3547 |
| 2. | Ersatzwahl des Präsidenten in die Rechnungsprüfungskommission | 3548 |
| 3. | Beantwortung Interpellation, Fraktion der SP, Eva Keller-Gachnang, Schnellzugshalt in Pratteln | 3530 |
| 4. | Beantwortung Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Eingeschränktes Abfeuern von Böllern, Feuerwerk und Knallkörpern durch Privatpersonen - Feuerwerksverbot für Privatpersonen | 3475 |
| 5. | Beantwortung Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Pflegeleistungen – Rechtsmässigkeit der Abrechnungen | 3541 |
| 6. | Beantwortung Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Freizeitaktivitäten – Platz für alle | 3542 |
| 7. | Postulat, Fraktion der SP, Andreas Moldovanyi, «Pratteln schwitzt»-für einen hitzeresilienten und lebenswerten Wohn- und Arbeitsraum 2027 | 3539 |

- | | | |
|----|---|------|
| 8. | Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Richtig informiert zu Wahlen und Abstimmungen – Optimierung der Publikation | 3540 |
| 9. | Fragestunde | 542 |

Sebastian Enders: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Gäste und Medienschaffende, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur 542. Einwohnerratssitzung.

Präsenz

Es sind zurzeit 30 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 16, das $\frac{2}{3}$ Mehr 20 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 23 Stimmen.

neue politische Vorstösse:

- 3549 Postulat: Verbindliche Anwendung der kantonalen Projektmanagementvorgaben bei Gemeindeprojekten und Einführung eines Projektcontrollings, Fraktion der FDP, Olivier Bally
- 3550 Interpellation: Fraktion der FDP, René Facerias, Strassenschwellen in der Längi
- 3551 Postulat: Bahnquerung für Langsamverkehr und Gehbeeinträchtigte, Fraktion der U/G, Nicola Steiner
- 3552 Interpellation betreffend Neuzuzügerinnen- und Neuzuzügeranlass in der Gemeinde Pratteln, UP, Gery Stadler
- 3553 Interpellation Erstaufnahmeheim Längi, Fraktion der U/G, Delia Moldovanyi
- 3554 Interpellation PFAS Problematik in Pratteln: Schutz unseres Trinkwassers und Absicherung der strapazierten Gemeindefinanzen bei Grossprojekten, UP, Patrick Weisskopf

Sebastian Enders: Das Büro schlägt vor, das Geschäft 3545 Interpellation, Simon Käch und das Geschäft 3546 Interpellation von Delia Moldovanyi von der Traktandenliste zu nehmen. Gibt es da Gegenvorschläge? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann wäre das Geschäftsverzeichnis bereinigt.

1. Nr. 3547

Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes in die Rechnungsprüfungskommission

Sebastian Enders:

://: In stiller Wahl wird Martin Stohler, SVP, gewählt

2. Nr. 3548

Ersatzwahl des Präsidenten in die Rechnungsprüfungskommission

Sebastian Enders:

://: In stiller Wahl wird Fabian Mendelin, SVP, gewählt

3. Nr. 3530

Beantwortung Interpellation, Fraktion der SP, Eva Keller-Gachnang, Schnellzugshalt in Pratteln

Sebastian Enders:

GR Petra Ramseier: Frage: Wann hat der Gemeinderat seit 2016 sich direkt bei der SBB für einen Schnellzugshalt eingesetzt? Im Zusammenhang mit der Angebotsplanung, Fahrplananhörungen, allgemeine Vernehmlassungen zum generellen Leistungsauftrag, alle regionalen

Planungen auch im Rahmen des Agglomerationsprogramms waren wir im Kontakt, weitere Kontakte direkt mit dem Regierungsrat hat die Gemeinde Pratteln nicht aufgenommen. Frage: Ist der GR mit dem Regierungsrat in Kontakt? Nein, nicht direkt, ausser über die Gremien, die es immer wieder gibt mit den Fahrplananhörungen usw. Am idealsten würde man das in Form eines Postulats über den Landrat machen, so wie es auch im Birstal passiert ist. Frage: Was haben Möhlin und Stein besser gemacht, dass sie einen Halt erhalten haben, obwohl der Zug ja schon viele Zwischenhalte hatte und alle im gleichen Kanton, also Aargau? Das ist eine etwas andere Situation aber auch aus Gemeindeperspektive nicht ganz einfach zu erklären. Stein hat grössere Arbeitsplatzgebiete. Die Schnellzugshalte sind weiter weg als in Pratteln und haben einen geringeren Takt im Regionalverkehr in der S-Bahn. Möhlin hat eine grössere Bedeutung als Knotenpunkt für regionale Buslinien. Wenn man es von aussen anschaut, ist das wahrscheinlich der grösste Unterschied von Pratteln. Es wird immer argumentiert, dass Pratteln zum Einzugsgebiet direkt von Basel gehört und ist von dem her Nahe zu Basel und bekommt deswegen keinen Schnellzugshalt. Frage: Ist es möglich, dass auch Investoren der diversen Neubauten, sich an einem Halt finanziell beteiligen würden? Das ist sehr schwierig, weil das wiederkehrende Kosten sind, d.h., das ist nicht eine einmalige Investition, die da gemacht werden könnte, sondern müsste dann über Jahre wirklich funktionieren. Das ist wahrscheinlich zu komplex um so etwas zu machen. Wahrscheinlich müsste man eher schauen, dass man von den Investoren her direkter in die Angebotsplanung einen Beitrag leisten könnte und vielleicht über die Bestellung beim Bund allenfalls gehen könnte, wir wüssten aber nicht, wie aussichtsreich das sein würde.

Sebastian Enders: Damit wäre die Interpellation beantwortet.

4. Nr. 3475

Beantwortung Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Eingeschränktes Abfeuern von Böllern, Feuerwerk und Knallkörpern durch Privatpersonen - Feuerwerksverbot für Privatpersonen

Sebastian Enders:

GR Stefan Löw: Das Postulat hat einen längeren Prozess erlebt und auch dazu geführt, dass wir das Polizeireglement schlussendlich dann überarbeitet haben und Sie das genehmigt haben und es wurde auch eine Anpassung im Ordnungsbussenkatalog gemacht, in dem man gewisse Bussen erhöht hat. Es ist jetzt Inkraft getreten und wir sind an der Umsetzung vom Polizeireglement wie auch von den anderen Sachen und erachten es darum als erfüllt und bitten Sie dementsprechend das jetzt abzuschreiben.

://: Das Postulat ist als erfüllt abgeschrieben.

5. Nr. 3541

Beantwortung Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Pflegeleistungen – Rechtmässigkeit der Abrechnungen

Sebastian Enders:

GR Marcial Darnutzer: Die Interpellation nimmt Bezug auf einen bekannt gewordenen Missbrauchsfall im Bereich der Pflegeleistungen und stellt die Frage, wie die Gemeinde Pratteln solche Leistungen und die Abrechnungen kontrolliert. Ich möchte die 7 Fragen kurz und direkt beantworten. Frage 1. Ist die Gemeinde Pratteln auch von so einem Missbrauch betroffen? Nach dem heutigen Kenntnisstand ist die Gemeinde Pratteln nicht betroffen und es sind auch keine entsprechenden unrechtmässigen Abrechnungen bekannt.

Eine absolute Sicherheit kann aber auch ein Kontrollsystem nicht garantieren, entscheidend ist darum, dass wir angemessene Kontrollen haben und die konsequent angewendet werden. Frage: Wenn ja, um welche Summe geht es? Die Frage entfällt der Gemeinde Pratteln nach

dem heutigen Kenntnisstand, wie gesagt, gibt es keine entsprechenden Missbrauchsfälle und somit auch keine Schadenssumme. Frage: Wenn ja, welche Schnittstelle war da fehlerhaft? Auch diese Frage entfällt der Gemeinde Pratteln. Grundsätzlich möchte ich aber festhalten, wenn eine Verwaltung mit bewusst falschen oder manipulierten Unterlagen enttäuscht wird, heisst das nicht automatisch, dass eine interne Schnittstelle fehlerhaft ist. Entscheidend ist, ob bestehende Kontrollmechanismen angemessen sind und korrekt angewendet werden.

Frage: Wenn nein, wie stellen die Gemeinde und die Sozialabteilung sicher, dass die Kosten geprüft werden können? Die Sozialabteilung prüft die eingereichten Rechnungen und Unterlagen im Rahmen der bestehenden Prozesse. Es wird insbesondere die Plausibilität, die Zuständigkeit und die Notwendigkeit, die notwendigen Grundlagen für die Kostenübernahme geprüft. Von einer Zahlung gibt es mehrere Kontrollschritte, gerade bei den Pflegekosten ist die Kontrolle besonders wichtig, weil wir einen kostenintensiven und gleichzeitig komplexen Bereich haben. Wir unterscheiden zwischen ambulanten und stationären Pflegeleistungen. Dazu kommen verschiedene Finanzierungsanteile und je nach Situation auch Ergänzungsleistungen bzw. Leistungen für Krankheits- und Behinderungskosten.

Umso wichtiger ist es, dass die Gemeinden die Kosten, die sie übernehmen müssen, nachvollziehbar prüfen können. Frage: Wie wird das Vieraugenprinzip bei diesen Kosten angewendet? Das Vieraugenprinzip ist bereits ein Teil von unseren bestehenden Prozessen. Die Rechnungen werden zuerst fachlich geprüft, nachher gibt es eine weitere Kontrolle im Rahmen der Erfassung bzw. der Zahlungsfreigabe, damit gibt es mehrere Prüfungsschritte, bevor eine Zahlung definitiv ausgelöst wird.

Das reduziert das Risiko von Fehlern und unrechtmässigen Zahlungen erheblich. Frage: Was können wir für die Zukunft aus diesem Ereignis mitnehmen? Wir sollen unsere bestehenden Prozesse regelmässig überprüfen und unsere Mitarbeitenden für mögliche Auffälligkeiten sensibilisieren. Es geht aber nach wie vor nicht darum, alle Leistungserbringer oder Klientinnen und Klienten unter Generalverdacht zu stellen.

Aus meiner Sicht ist eine risikoorientierte Kontrolle der richtige Weg, bei Auffälligkeit genauer hinzuschauen und dort zu prüfen, wo ein erhöhtes Risiko entstehen kann. Frage: Könnte die Revisionsstelle das als zusätzliches konstantes Prüfungselement übernehmen? Grundsätzlich wäre eine zusätzliche Prüfung durch die Revisionsstelle möglich. Der Gemeinderat erachtet aber eine permanente zusätzliche Kontrolle zum jetzigen Zeitpunkt als nicht verhältnismässig. Wir haben bereits mehrere Kontrollschritte und das 4-Augen-Prinzip, zudem sind uns aktuell keine entsprechenden Missbrauchsfälle bekannt. Sinnvoller ist aus unserer Sicht, die bestehenden Kontrollen konsequent anzuwenden und bei konkreten Auffälligkeiten gezielt zusätzliche Prüfungen vorzunehmen: Wenn sich in der Zukunft systematische Risiken zeigen, muss die Situation selbstverständlich neu beurteilt werden. Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich unseren Verwaltungsmitarbeitenden danken, gerade in einem so komplexen Bereich wie der Pflegefinanzierung leisten sie jeden Tag sorgfältige und verantwortungsvolle Arbeit: Sie kennen die Abläufe, prüfen die Unterlagen und tragen eine grosse Verantwortung für den korrekten Umgang mit den finanziellen Mitteln unserer Gemeinde. Ich habe ein Vertrauen in unsere Verwaltung und in unsere Mitarbeitenden, die diese Kontrollen jeden Tag machen. Nach dem heutigen Kenntnisstand gibt es in Pratteln keinen Hinweis auf einen vergleichbaren Missbrauch, wir haben funktionierende Kontrollmechanismen und werden diese auch weiterhin verantwortungsvoll und aufmerksam anwenden.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

6. Nr. 3542

Beantwortung Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Freizeitaktivitäten – Platz für alle

GR Rahel Graf: Frage: Wie viele öffentliche Parks stehen allen Altersgruppen zur Verfügung? Die Gemeinde Pratteln hat rund 30 öffentliche und halböffentliche Freiräume im Gemeindegebiet identifiziert, die sind in der Regel für alle Altersgruppen zugänglich. Frage: Wie viele

öffentliche Spielplätze für Kinder stehen zur Verfügung und wo sind diese? Von den ungefähr 30 identifizierten Räumen sind 16 öffentlich zugängliche Freiräume mit Spielmöglichkeiten, die speziell auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien ausgerichtet sind. Das wäre der Jöri-Park, die Jugi-Wiese beim Jugendhaus, die Hexmatt, das Schwimmbad, die Sportanlagen, die Sandgruben. Erli-Hölzli, dort haben wir den Vita-Parkour und den Gleichgewichtsweg, dann haben wir diverse Schulhäuser, Schulhaus Aegelmatt, Schulhaus Erli, Schulhaus Grossmatt, Schulhaus Längi, Schulhaus Münchacker, wir haben den Buholzwiese, den wir letzte Woche eingeweiht haben, dann haben wir den Robi-Spielplatz, den Längi-Park und wir haben den Jugend-Corner. Frage: Wie viele Freizeitplätze stehen den Jugendlichen zur Verfügung, wo sind diese? Freiräume, die spezifisch für die Jugendlichen, also für die Altersgruppen ausgeschieden sind, sind je nach Definition unterschiedlich, die Jugendlichen sind halt auch dafür bekannt, dass sie sich nicht so ganz an das halten, was man für sie vorgesehen hat und dass sie Räume für sich in Anspruch nehmen. Darum ändert sich das ständig, also für die Altersgruppe der Jugendlichen hat die Gemeinde ungefähr 11 Freiräume identifiziert, Jugi-Wiese beim Jugendhaus, das Fröschli, die Hexmatt, Sportanlagen Sandgruben, Schulhaus Aegelmatt, Schulhaus Erli, Längi, Münchacker, Buholzwiese auch wieder unter Jugendcorner. Frage: Wie viele Sportplätze gehören zur Gemeinde Pratteln und welche Sportarten können ausgeübt werden? Wir haben Sandgruben, dort kann man Fussball spielen, Beachvolleyball, Streetsoccer und wir haben eine Skateranlage dort, es hat dort auch noch so eine Fitnessanlage, dann haben wir die Leichtathletikanlage. Wir haben auf der Hexmatt verschiedene Ballsportarten, auch Fussball, American Football, man kann Gymnastik machen, es ist ein Spielwiese und wir haben dort einen Fitness-Circle, dann auf dem Vita-Parcour und auf dem Gleichgewichtsweg, beides auf Bürgergemeinde-Boden, kann man sich in ganz unterschiedlicher Art und Weise fortbewegen, Joggen, Gleichgewicht trainieren, etc. Auf den Schulhausplätzen hat es Klettergerüst und verschiedene Sportplätze, wo auch Uni-Hockey spielen kann oder so, dann haben wir beim Aegelmatt eine Street-Soccer-Anlage, in der Längi, nahe Quartiertreff, ebenfalls eine Street-Soccer-Anlage und Bewegungsgeräte. Bei der Buholzwiese, ist ganz neu, dort hat es ein Basketballkorb, es hat einen Pingpong-Tisch, es hat auch dort einen Bolzplatz, es wird eine Box-Up-Station geben mit verschiedenen Geräten drin. Auf der Jugi-Wiese haben wir einen Teqballtisch, wir haben auch dort Box-Up-Stationen, es gibt auch dort eine Bewegungsbank, das ist auch eine Art Fitness-Gerät. Auf dem Grossmatt-Schulhausplatz haben wir ein grosses Schach.

Beim Jörin-Park gibt es ebenfalls Bewegungsgeräte, das ist eher für die ältere Bevölkerung ausgerichtet und natürlich sonst Spielplätze, Spielwiesen etc. Beim Gottesacker haben wir eine Boccia-Anlage und das Fröschmatt ist bekannterweise demnächst im Umbau und darum führe ich es jetzt hier nicht aus, was es dort alles gibt. Frage: Wie viele Trainingsplätze und Hallen hat die Gemeinde? Wir haben diverse Turnhallen, das Kuspo mit drei Hallen, im Erli hat es vier, im Aegelmatt hat es zwei in der Längi eine, beim Münchi hat es noch bis Ende Jahr eine Halle, die entfällt dann und der Kanton hat bei der Fröschmatt zwei Hallen und die Trainingsplätze habe ich ja schon vorher aufgezählt. Frage: Wie viele und welche Plätze stehen auch Hundebesitzern zur Verfügung? Im Hundereglement haben wir ein generelles Zutrittsverbot, das Verbot gilt nicht für blinde Führer und invalide Hunde, ausgenommen von diesen Verboten sind der Jörin-Park und Gottessacker wo man mit Hunden hingehen kann, wir müssen sie allerdings an der Leine haben.

Frage: Wie hoch ist der Unterhaltsaufwand für die Parks, Plätze und Hallen? Die Gemeinde erstellt keine objektbezogenen Abrechnungen, also keine Vollkostenrechnungen. Ich kann darum auch nicht, ohne dass wir da einen Riesenaufwand betreiben müssten, eine Antwort geben. Frage: Ist die Gemeinde bereit, die Anlagen mit Altersangaben und Zweck zu publizieren bzw. einen entsprechenden Filter zu setzen? Grundsätzlich ist es für uns so, dass alle Anlagen von allen Altersgruppen nutzbar sein sollten. Wir sind aber im Moment daran, Freizeitkarten zu erstellen, die auch für Familien mit Kindern sind und wo man dann ein bisschen herausieht, was dann eher für wen geeignet ist aber wir appellieren dort doch dann auch immer an gesunden Menschenverstand, dass die Leute schon wissen, was man wo machen kann.

Dominique Häring: Dass es keine Vollkostenrechnung ist, ist eine gute Antwort, reicht für mich. Wenn ich auf die Webseite schaue, komme ich nicht weiter, wenn ich auf die einzelnen Plätze komme, ich lande immer wieder auf der Startseite. Ich finde das sehr schwierig für Familien und auch Jugendliche, wenn sie nachschauen würden, wo sie hin könnten und der

Ansatz, so eine Karte zu bilden, finde ich super, ist eine gute Idee, man sieht es auf einen Schlag, braucht nicht wirklich die Sprache aber ich wäre vielleicht froh, wenn man die Website entsprechend neu verlinkt, dass man auch auf dieser Seite landet und Bilder dazu sieht, wo das ist. Das fehlt im Moment gänzlich.

René Facerias: Ich habe nur eine Frage bezüglich dem Soccer-Platz in der Längi unten, wird der ersatzlos gestrichen, wenn das Asylantenheim dort entsteht oder wird er versetzt?

GR Marcial Darnuzer: Wir sind bereits in Verhandlungen mit dem Kanton, der Street-Soccer-Anlass, der Platz, den es jetzt gibt, der wird gestrichen, das ist richtig aber es gibt bereits einen Ersatz, der Kanton hat bereits Land zur Verfügung gestellt und die Gemeinde Pratteln klärt ab, ob es wieder einen Street-Soccer-Platz geben soll oder etwas im ähnlichen Rahmen geben soll aber den Platz haben wir bereits vom Kanton bekommen.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

neue Präsenz

Es sind zurzeit 32 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das $\frac{2}{3}$ Mehr 22 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 24 Stimmen.

7. Nr. 3539

Postulat, Fraktion der SP, Andreas Moldovanyi, «Pratteln schwitzt»-für einen hitzeresilienten und lebenswerten Wohn- und Arbeitsraum 2027

GR Philipp Schoch: Der Gemeinderat möchte das Postulat nicht entgegennehmen. Es ist schade, dass wir das vorherige Geschäft, die einen thematischen Zusammenhang mit diesem Geschäft, heute nicht behandeln weil der schriftlich beantwortet werden soll und die Schriftlichkeit noch nicht vorliegt, das war der Grund, wieso das abtraktandiert wurde. Zum Inhalt dieses Vorstosses – wir machen schon sehr viel in der Raumplanung, Stichwort Entsiegelung, wir haben grosse Quartiere, die neu gebaut werden, neu geplant werden, wenn man das bei Bredella anschaut, heute zu fast 100% versiegelt, wird es in der Transformation in ein paar Jahren sehr viele Flächen geben, die nicht versiegelt sind und eigentlich genau dem entsprechen, was der Vorstoss will. Wir pflanzen auch ganz viele Bäume, die dem auch entgegenwirken sollen. Sicher gibt es viele Massnahmen, die möglich sind, die sind in diesem Vorstoss aufgezählt, wenn man die jetzt alle genau zu dem Zeitpunkt die vorgeschlagen sind, machen soll, das möchten wir eher nicht, sondern wir möchten die Massnahmen dann umsetzen, wenn wir sowieso etwas am Bauen sind, das ist viel kostengünstiger und viel effizienter, darum möchte der Gemeinderat den Vorstoss nicht entgegennehmen.

Andreas Moldovanyi: Das ist eigentlich genau das, was ich gedacht habe, was als Antwort kommen wird. Der mögliche Einwand liegt ja auf der Hand, wir haben schon ein räumliches Entwicklungskonzept und das macht das Postulat überflüssig. Ich glaube, wenn man aber das REK genau durchliest, kommt man genau zum gegenteiligen Schluss. Unser REK stellt für Pratteln einen sehr hohen Hitzewelleneffekt fest.

Vor allem im Bereich der Bahninfrastruktur und der Arbeitsgebiete. Es beschreibt eine starke Flächenversiegelung mit wenig Bäumen und Vegetation und in den Industrie- und Gewerbegebieten besonders stark versiegelte Schulareale, Strassenräume, Plätze und ausdrücklich auch eine hohe Vulnerabilität der Bevölkerung. Das sind nicht irgendwie Behauptungen vom Verfasser, also von mir, des Postulates, sondern ist die Analyse der Gemeinde. Es geht mir gar nicht um langfristige Massnahmen.

Durchlüftung sichern, Hitze an besonders belasteten Orten reduzieren, mehr Grünfläche, mehr Bäume und Schatten fördern und Wasser zurückhalten, das ist alles schön und gut aber das

nützt uns heute und im nächsten Jahr noch nichts. Was können wir bereits im Sommer 2027 für unsere Bevölkerung tun? Genau diese Frage soll das Postulat beantworten. Es ist keine schlüsselfertige Lösung, es sind ein paar Vorschläge gemacht worden für kurzfristige Massnahmen.

Ein Bäumchen pflanzen, lieber Philipp, das so hoch ist oder vielleicht doppelt so hoch, sonst macht es nächstes Jahr noch keinen Schatten. Eine Entsiegelung, die 2029 geplant wird, bedeutet heute und das nächste Jahr noch nichts. Jetzt kommen wir zu den ärztlichen Themen. Das Bundesamt für Gesundheit hat ganz genau definiert, wer zur Risikogruppe gehört und zwar sind das alle Menschen über 75 Jahre.

Da sind alle Menschen mit chronischen und akuten Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, wie Lungen- und Atemwegserkrankungen, wie Nierenerkrankungen, Diabetes, Übergewicht, da kommen noch ein ganzer Haufen dazu, psychiatrische Erkrankungen natürlich auch, dazu kommen aber auch noch Kleinkinder und Säuglinge gehören zu den hochvulnerablen Menschen. Wenn man jetzt nur die Anzahl von über 75-Jährigen in Pratteln anschaut - ich habe das herausfiltriert aus den Einwohnerstatistiken - sind das 1'864 in Pratteln? 1'864, das entspricht 11% der Bevölkerung.

Man kann all die Faktoren, die ich vorher aufgezählt habe, natürlich nicht pauschal zusammenrechnen, weil es dabei erhebliche Überschneidungen gibt. Kleinkinder und Säuglinge beispielsweise überschneiden sich nicht mit den über 75-Jährigen. Dazu kommt, dass viele Menschen Medikamente einnehmen, die die Hitzebelastbarkeit deutlich reduzieren - zum Beispiel Blutdruckmedikamente. Das betrifft auch viele jüngere Menschen. Hitze erweitert die Blutgefässe, und blutdrucksenkende Medikamente haben einen ähnlichen Effekt. Dadurch entsteht ein additiver Effekt, und gerade in einer Hitzeperiode, in der man ohnehin zu wenig Flüssigkeit zu sich nimmt, steigt das Risiko für Kreislaufkollaps und Ohnmachtsanfälle massiv an.

Wenn man dehydriert ist und zu wenig trinkt, können einfache Schmerzmittel wie Ibuprofen oder Voltaren, also Diclofenac, die Organe - allen voran die Nieren - erheblich belasten. Es gibt noch viele weitere Medikamente, die die Hitzebelastung verstärken können.

MeteoSchweiz sagt uns, dass die Hitze zunimmt: Die Temperatur ist seit der vorindustriellen Zeit bereits um 2,9 Grad gestiegen - mehr als doppelt so stark wie im weltweiten Durchschnitt. Europa ist davon besonders stark betroffen. Das BAG zeigt uns, wer gesundheitlich besonders gefährdet ist, und unser eigener Ratgeber zeigt, wo Pratteln besonders hitzebelastet und vulnerabel ist und was langfristig dagegen getan werden kann.

Was uns noch fehlt, ist die operative Verbindung. Wir verlangen kein zweites REK und kein paralleles Klimakonzept, sondern einfache Massnahmen, die bereits im nächsten Jahr umgesetzt werden können.

Ich glaube, einige von euch sind selbst von diesen Risikofaktoren betroffen oder haben zumindest Angehörige, die betroffen sind. Und wenn ihr nicht den Mut habt, für eine Überweisung zu stimmen, dann enthaltet euch bitte der Stimme.

neue Präsenz

Es sind zurzeit 31 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 16, das $\frac{2}{3}$ Mehr 21 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 24 Stimmen.

René Facerias: Die FDP möchte die Überweisung zurückweisen mit der Begründung, dass die Gemeinde allein nicht verantwortlich ist für kühle Räumlichkeiten sowie auch für diejenigen die gesundheitliche Probleme haben. Grundsätzlich kann man sagen, wenn ein Mensch heiss hat, dann gibt es genug öffentliche Räume, wo er sich abkühlen kann. Sprich zum Beispiel das Grüssen-Center, IKEA usw. und jetzt habe ich noch ein bisschen Schleichwerbung gemacht. Die Gemeinde kann eine solche finanzielle Last nicht tragen. Sie kann lediglich in öffentlichen Räumen wie der Gemeindeverwaltung und den Schulen durch Isolation und bauliche Massnahmen die Temperaturen etwas senken.

Gery Stadler: Ich hoffe, wir dürfen auch «für» die Überweisung reden und nicht nur gegen die Überweisung. Was spricht dagegen? Die Vorschläge, sind sehr einfache Vorschläge. Ich habe den Text sprachlich geglättet, die mündliche Tonalität aber bewusst beibehalten. Ich glaube nicht einmal, dass diese Vorschläge gross etwas kosten, aber sie sind sehr effizient und helfen der Bevölkerung. Ich weiss nicht, wo ihr diesen Sommer gewesen seid. Ich war auch sehr viel

in der Schweiz, eigentlich praktisch nur in der Schweiz und es war heiss. Ich bin nicht so ein Fan von der Hitze aber ich habe es ausgehalten. Ich kann mir aber vorstellen, dass es ganz viele Menschen gibt, die die Hitze nicht aushalten, die – wie du vorhin gut gesagt hast – auch gesundheitlich darunter leiden und da müssen wir etwas machen. Es gibt Länder im Süden Europas, die seit Jahrhunderten an Hitze gewöhnt sind. Die Infrastruktur wurde über Jahrhunderte an die Hitze angepasst, die Häuser sind entsprechend gebaut worden, und man macht beispielsweise eine Siesta über Mittag, damit man während der heissesten Tageszeit nicht arbeiten muss und sich an einem kühlen Ort aufhalten kann.

Bei uns in der Schweiz funktioniert das so nicht. Das ist eine Entwicklung, die sich innerhalb weniger Jahrzehnte so verändert hat. Und darum glaube ich, dass das Gemeinwesen sehr wohl in der Pflicht ist, etwas zu unternehmen.

Und noch einmal: Es sind ganz, ganz einfache Massnahmen. Es sind Dinge, die du vorher auch schon angesprochen hast. Partnerschaften mit Läden zum Beispiel – die gibt es ja, da hast du recht. Dort kann man hingehen. Aber als Gemeinde kann man auch darauf hinweisen und die Bevölkerung entsprechend informieren.

Ich glaube, es braucht nicht viel. Und darum verstehe ich jetzt auch nicht, warum man das nicht überweisen will. Die Kosten sind sehr tief – für diejenigen, die sehr kostenaffin sind, sollte das also kein Argument sein. Ich glaube, daran sollte es nicht scheitern. Wir müssen etwas für unsere Mitmenschen tun, die in heissen Momenten unsere Hilfe brauchen.

Fabian Mendelin:

Zuerst einmal: Dass es im Sommer auch bei uns in Pratteln sehr heiss werden kann, bestreitet, glaube ich, niemand. Wir bestreiten auch nicht, dass längere Hitzeperioden vor allem für ältere Menschen, Kleinkinder oder gesundheitlich angeschlagene Personen eine Belastung sein können.

Die Frage ist für uns also nicht, ob Hitze ein Thema ist. Die Frage ist vielmehr: Brauchen wir deswegen gerade ein neues kommunales Hitzeschutzkonzept und zusätzlich noch einen Aktionsplan?

Und dort sind wir kritisch. Viele der Massnahmen, die im Postulat erwähnt werden, sind durchaus sinnvoll: Bäume und Beschattung, Trinkwasser oder schattige Aufenthaltsorte. Darüber kann man reden. Dort, wo solche Massnahmen sinnvoll, verhältnismässig und finanzierbar sind, soll man sie auch prüfen und umsetzen. Aber dafür braucht es aus unserer Sicht nicht zwingend wieder ein neues Konzept mit zusätzlichem Verwaltungs- und Koordinationsaufwand.

Bei einzelnen Vorschlägen stellt sich für uns auch die Frage nach dem konkreten Nutzen. Müssen wir zum Beispiel öffentliche Gebäude offiziell als «Cooling Spaces» deklarieren? Brauchen wir eine eigene Hitzekarte für Pratteln? Brauchen wir Wassersprayflaschen mit Prattler Wappen oder zusätzliche Verneblungsanlagen? Das tönt im ersten Moment vielleicht alles gut, aber all diese Massnahmen müssen finanziert, organisiert, betrieben und teilweise auch unterhalten werden.

Gerade wenn wir die finanzielle Situation unserer Gemeinde anschauen, müssen wir uns bei neuen Aufgaben immer wieder fragen: Was bringt der Bevölkerung tatsächlich etwas, und was produziert am Schluss vor allem zusätzlichen Aufwand?

Wir sollten auch nicht vergessen: Extrem heisse Sommer sind kein komplett neues Phänomen. Wir hatten in der Schweiz und in Europa auch in der Vergangenheit schon aussergewöhnlich heisse Sommer. Gleichzeitig zeigen die langfristigen Messreihen, dass sehr warme Sommer und Hitzeperioden häufiger werden.

Wir wollen das Problem also überhaupt nicht kleinreden. Aber wir wollen genauso wenig aufgrund einzelner sehr heisser Sommer vorschnell neue kommunale Strukturen schaffen.

Unser Ansatz wäre darum einfacher: Dort handeln, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Bei neuen Bauprojekten auf Beschattung und Begrünung achten. Bäume dort pflanzen, wo sie tatsächlich etwas bringen. Trinkwasser und Schatten dort verbessern, wo Bedarf besteht. Und bestehende Möglichkeiten nutzen, bevor wir wieder etwas komplett Neues schaffen.

Kurz gesagt: Hitzeschutz ja, sinnvolle und konkrete Massnahmen ja – aber nicht automatisch ein neues Konzept, einen neuen Aktionsplan und zusätzliche Strukturen.

Uns ist wichtig, dass das Geld, das uns zur Verfügung steht, möglichst direkt in Massnahmen fliesst, die der Bevölkerung etwas bringen, und nicht zuerst in Papier, Planung und Verwaltung.

Silvio Fareri: Ich möchte mich meinem Vorredner, Fabian Mendelin, anschliessen. Ich denke, wir hier als Wohnerräte haben schon genügend Instrumente in der Hand, mit der Entwicklung der Quartierpläne entsprechende vernünftige Lösungen zu finden. Man möchte auch konsequent sein beim Handeln, wenn man jetzt so ein Hitzeschutzkonzept verlangt, wie sieht das dann aus, wenn wir dann einen sehr kalten Winter haben? Ist dann die Gemeinde auch in der Verantwortung, für genügend warme Plätze in der Gemeinde gibt, dass wir Heizpilze aufstellen oder sonst irgendetwas? Ich glaube, da darf man dann auch den gesunden Menschenverstand walten lassen, es ist nicht das erste Mal heiss hier in Pratteln, wir haben das auch schon vergangene Sommer gehabt und ich glaube, die Bevölkerung weiss und ist auch erfahren genug, dass sie entsprechend handeln kann, um sich selber zu schützen.

Nicola Steiner: Ich glaube, es ist Zeit, dass wir – und vor allem auch ich als junge Stimme in diesem Rat, bei diesem Thema etwas mehr Verstand walten lassen und darüber nachdenken, wie es zukünftig weitergeht.

Ja, wir hatten schon heisse Sommer. Aber die Extreme werden immer extremer, und es wird im Durchschnitt immer wärmer, auch im Winter. Das heisst: Sprühflaschen und Verneblungsanlagen, wie sie vorgeschlagen wurden, sind zwar eine nette Symptombekämpfung. Aber wir müssen endlich anfangen, nicht nur die Symptome zu bekämpfen, sondern die Ursachen und die Ursachen sind unter anderem die zunehmende Versiegelung, zu wenig Grünflächen und eine zu geringe Anbindung ans Grundwasser. Das heisst, wir brauchen jetzt Sofortmassnahmen und zwar nicht erst in zehn Jahren.

Ich finde es eigentlich sympathisch, wenn die Gemeinde Pratteln, also wir, für unsere Gesellschaft, für unsere ältere Bevölkerung und für vulnerable Menschen ein Vorbild sind. Wir können damit auch auf kantonaler Ebene ein Zeichen setzen und solche Massnahmen umsetzen, bevor sie irgendwann zwingend notwendig werden. Denn wenn man erst handelt, wenn man handeln muss, ist es meistens schon zu spät.

Andreas Moldovanyi: Also, alle Rednerinnen und Redner, die jetzt gegen die Überweisung gesprochen haben, haben eigentlich genau die Argumente gebraucht, die ich gefunden habe. Ihr habt alle auf langfristige Massnahmen verwiesen, aber überhaupt keine Stellungnahme dazu abgegeben, was wir bereits für den Sommer 2027 tun könnten.

Der Sommer 2027 wird vermutlich noch wärmer als dieser Sommer. Vor vier Wochen gab es eine DOK-Sendung im Schweizer Fernsehen. Der einleitende Satz eines Experten war sinn gemäss: Der Sommer 2026 wird uns allen als der kühlste Sommer für den Rest unseres Lebens in Erinnerung bleiben. Es geht wirklich nur um eine Auflistung von möglichen Massnahmen, die überhaupt geprüft werden könnten. Und auch einzelne Massnahmen können so günstig sein, dass man sie sofort umsetzen könnte. Zum Beispiel könnte man bei den Bushaltestellen oder beim Bahnhof, wo die Glasüberdachungen den Hitzeeffekt teilweise noch verstärken, mit einfachen und günstigen Lösungen arbeiten – beispielsweise mit überschüssigen Miltärblachen, um die direkte Sonneneinstrahlung zu reduzieren. Es geht um kleine Massnahmen, die aber bereits wirksam sein können. Wenn man zum Beispiel nur von der Bahnhofstrasse in den Jörin-Park hineinläuft, merkt man einen deutlichen Unterschied. Es ist ein regelrechter Wow-Effekt, wie viel ein paar Grad weniger ausmachen können und genau darum geht es: nicht um langfristige Massnahmen, sondern um einige kurzfristige, einfache und günstige Massnahmen, die zunächst einmal lediglich aufgelistet und geprüft werden müssen. Es hat also überhaupt nichts mit den Kosten zu tun.

Fabian Mendelin: Andreas du hast gesagt, dass 2027 wärmer sein wird als 2026. Da würde mich aber schon noch interessieren, woher wir das heute wissen? Dass sich unser Klima langfristig erwärmt und dass wir in Zukunft mit häufigen Hitzeperioden rechnen müssen, stelle ich überhaupt nicht in Frage aber das heisst noch nicht automatisch, dass der Sommer 2027 wärmer wird als der Sommer 2026. Das kann uns heute schlicht niemand seriös vorhersagen. 2027 kann sehr heiss werden, er kann aber genauso gut weniger heiss werden als 2026. Langfristige Klimaentwicklungen und das Wetter in einem einzelnen Sommer sind zwei verschiedene Sachen. Und genau da liegt für mich der Punkt, wir sollen uns langfristig sinnvoll auf Hitze vorbereiten und dort Massnahmen ergreifen, die tatsächlich nötig und wirksam sind aber wir sollten heute nicht entscheiden mit der Behauptung, dass wir bereits jetzt wissen, dass der Sommer 2027 noch heisser wird als 2026. Wenn du für die konkrete Aussage eine

wissenschaftliche Prognose hast, dass der Sommer 2027 in Pratteln tatsächlich wärmer wird als 2026, dann würde mich die Quelle sehr interessieren aber nicht nur das von der Meteo Schweiz.

René Facerias: Ich kann mich meinem Vorredner nur anschliessen und will nur eines sagen, wartet doch alle ab, bis der Berg brennt, nach dem Berg von diesem Jahr hätte es einen durchgezogenen Sommer geben sollen und wenn ich dann das denke, was ich heute gehört habe, dass es einen kalten Winter gibt, dann würde ich der Gemeinde Pratteln vorschlagen, sie sollen tonnenweise Salz einkaufen.

Patrick Eichenberger: Das ist das Klimastreifendiagramm, das besagt, dass einfach tendenziell die Sommer immer heisser werden und von einzelnen heissen Sommer zu reden, Silvio, das ist einfach blechgeschwätzt, ganz ehrlich gesagt, der Trend ist ganz klar und es geht nicht darum, ob es nächstes Jahr heisser ist oder weniger heiss, auch wenn es ein bisschen weniger heiss ist, ist es immer noch viel zu heiss und es sind die Risikogruppen eben immer noch bedroht und zum zweiten Punkt, ja, selbstverständlich hat die Politik die Aufgabe, ihre Bürger zu schützen und das nicht nur bei Hitze, Silvio, sondern tatsächlich auch einmal, wenn es minus 50 Grad ist über längere Zeit und gewisse Leute dann sich nicht wärmen können und das steht auch so in der Bundesverfassung, kann man nachlesen.

Der Rat beschliesst mit 16 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten:

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

8. Nr. 3540

Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Richtig informiert zu Wahlen und Abstimmungen – Optimierung der Publikation

(s. Präsentation)

GP Silvia Lerch: Es ist schneller gegangen als gedacht – jetzt stehe ich plötzlich auf der anderen Seite. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat Wahl- und Abstimmungsplakate nicht entgegenzunehmen. Das Anliegen, die Plakatierung zu ordnen und sorgsam mit den Ressourcen umzugehen, ist verständlich. Ich habe selbst bereits 2023 eine Reglementierung für Wahl- und Abstimmungsplakate auf öffentlichem Grund angestossen. Der Einwohnerrat hat dieses Anliegen damals mit 28 zu 4 Stimmen klar nicht überwiesen. Bei der Teilrevision des Reglements über die Unterstützung der politischen Parteien haben wir dem Einwohnerrat im September 2025 ebenfalls mit 27 zu 7 Stimmen – also wiederum sehr klar – ein Nichteintreten beantragt. Der Einwohnerrat hat sich damit innerhalb kurzer Zeit zweimal klar gegen eine neue Reglementierung beziehungsweise eine neue Regelung ausgesprochen. Dazu kommen praktische Probleme. Die Plakatierung entlang der Kantonsstrassen kann die Gemeinde nicht selber reglementieren. Mit einem Verbot auf Gemeindebauten würde sich die Plakatflut einfach auf die Kantonsstrassen verlagern. Das Problem wäre damit nicht gelöst, sondern lediglich verschoben. Wir hätten am Schluss genau dieselbe unschöne Situation. Dann gibt es noch ein praktisches Problem mit den Plakatständern: Diese sind schwierig umzusetzen, wenn mehrere Abstimmungen gleichzeitig stattfinden. Man müsste ja alle gleich behandeln, also jeder Vorlage gleich viele Ständer und möglichst gleichwertige Standorte zur Verfügung stellen. Bei grossen Abstimmungen müsste man entsprechend eine ganze Plakatwand aufstellen. Dafür haben wir weder geeignete Standorte noch sehen wir darin eine sinnvolle Lösung. Ein weiteres Problem betrifft unsere Vereine. Wenn man die Plakatierung im Dorf grundsätzlich verbieten würde, dürfte man dort auch keine Veranstaltungen mehr publizieren. Das geht aus Sicht des Gemeinderates zu weit.

Bezüglich der Ausgaben des Prattler Anzeigers und zusätzlicher Wahlausgaben möchte ich ebenfalls darauf hinweisen, dass dies zusätzliche Kosten verursachen würde. Die Erscheinungstermine des Prattler Anzeigers sind heute auf die Einwohnerratssitzungen abgestimmt. Diese stimmen aber nicht immer mit den Wahl- und Abstimmungssonntagen überein. Zusätzliche Wahlaufgaben würden deshalb zusätzliche Ausgaben und Kosten verursachen. Wir

verstehen das Anliegen. Die vorgeschlagenen Massnahmen gehen für uns jedoch zu weit und lösen die bestehenden Probleme am Ende nicht. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, das Postulat nicht entgegenzunehmen.

Dominique Häring: Ich finde es schade, dass der Gemeinderat das Postulat nicht entgegennimmt, zumal ich mich seit fast zwölf Jahren mit diesem Thema beschäftige. Warum mache ich das immer wieder? Ich habe mehrere Kampagnen geleitet, nationale und kantonale Wahlen organisiert und weiss, was es bedeutet, wenn im Kanton immer wieder neue Plakatierungen entstehen.

Wir haben verschiedene grössere Gemeinden, die solche Regelungen bereits umsetzen können: Aesch, Allschwil, Arlesheim, Reinach, Muttenz hat eine Regelung, und auch Binningen hat die Plakatierung mit dem Einwohnerrat eingeschränkt. Diese Gemeinden schaffen es scheinbar auch, mit Plakatständern zu arbeiten. Dahinter steckt auch ein ganz praktischer Grund. Wir haben ein riesiges beziehungsweise sehr umfangreiches Plakatreglement, bei dem am Schluss niemand mehr genau weiss, wo überhaupt plakatiert werden darf. Der Werkhof hat dadurch zusätzlichen Aufwand, weil immer wieder Plakate entfernt werden müssen, die falsch aufgehängt wurden. Die Leute konsultieren das Reglement schlicht nicht jedes Mal, um nachzuschauen: Wo darf ich plakatiert werden und wo nicht? Genau das finde ich schade. Wenn man stattdessen eine zentrale Planung hat, schlägt man mehrere Fliegen mit einer Klappe: Es ist für alle sichtbar, man hat alle Meinungen an einem Ort und niemand wird bevorzugt aber ich muss akzeptieren, wenn der Gemeinderat sagt, dass er das nicht möchte. Ich werde aber dranbleiben. Vielleicht sollten wir als gemeinsame Parteien auch einmal darüber sprechen, wie wir unsere Synergien besser nutzen und unsere Kosten etwas reduzieren können – auch im Interesse der Gemeinde. Einen unnötigen Propagandaversand finde ich einfach nicht mehr zeitgemäss, gerade in einer Zeit, in der wir so viele andere Medien und Möglichkeiten zur Information haben. Ich möchte mich auch beim Prattler Anzeiger bedanken. Ihr macht immer einen sehr guten Informationsbericht zu Wahlen und Abstimmungen, holt Meinungen ein und stellt die verschiedenen Personen vor. Eine zentrale Plakatierung wäre aus meiner Sicht lediglich eine Ergänzung, wenn andere Informationsmöglichkeiten nicht ausreichen würden. Ich nehme den Entscheid des Gemeinderates zur Kenntnis. Entsprechend wird vermutlich auch das Votum ausfallen.

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion ist gegen die Überweisung dieses Postulats. Kurz gesagt: Ich bin mit dem Status quo, den wir hier haben, ganz zufrieden. Ich möchte aber trotzdem noch auf die einzelnen Punkte eingehen, weil das Postulat ganz verschiedene Themen anspricht. Das Erste ist die Plakatierung. Ich finde es aus demokratiepolitischer Sicht ganz wichtig, dass es eine niederschwellige Möglichkeit gibt, wie alle Komitees und Parteien ihre Positionen oder ihre Kandidaturen präsentieren können. Auch wenn sich gewisse Leute an der Plakatierung manchmal stören, bin ich der Meinung, dass mit der zeitlichen Einschränkung auf die sechs Wochen vor der Wahl und maximal eine Woche danach sowie mit den Regeln zur Verkehrssicherheit der Kantonspolizei eigentlich genügend Vorgaben bestehen. Wenn man die Regeln genau liest, sind sie auch nicht besonders schwierig einzuhalten. Damit ist aus meiner Sicht genügend dafür getan, dass die Plakatierung in einem vernünftigen Rahmen bleibt. Abgesehen davon hat die Gemeinde Pratteln ja alle Lampenkandelaber angeschrieben und darauf hingewiesen, wo es nicht erlaubt ist, Plakate aufzuhängen.

Wenn man die Plakatierung zentral organisieren würde, wie es andere Gemeinden machen, glaube ich nicht, dass in Pratteln ein zentraler Plakatständer ausreichen würde. Dieser müsste relativ gross sein. Wir haben bereits im Einwohnerrat sechs verschiedene Parteien beziehungsweise Listen. Wenn dann noch Gemeinderats- und Einwohnerratswahlen sowie allenfalls Abstimmungen dazukommen, ergibt das eine sehr grosse Anzahl Plakate, die man irgendwo zentral aufstellen müsste.

Ausserdem haben wir verschiedene Quartiere, und man sollte die Menschen auch dort erreichen, wo sie tatsächlich unterwegs sind. Das erreicht man mit einer einzigen zentralen Stelle nicht. Dann müsste man die Plakatierung wiederum an verschiedenen Orten ermöglichen. Gerade bei den Gemeinden, die ein solches System bereits umsetzen, stellt sich aus Sicht der Wahlkampfleitungen auch die Frage: Wo stehen unsere Plakate? Wer bekommt die guten

Plätze und wer die weniger guten? Aus meiner Sicht ist das keine wirklich zufriedenstellende Lösung. Deshalb würde ich lieber beim Status quo bleiben.

Den Propagandaversand finde ich grundsätzlich eine gute Sache. Es ist eine gute Aufteilung zwischen der Verantwortung der Parteien und jener der Gemeinde: Die Gemeinde organisiert den Versand, und die Parteien bezahlen den Druck ihrer Flyer. Wie die Gemeindepräsidentin bereits gesagt hat, müsste die Gemeinde bei zusätzlichen Grossauflagen des Prattler Anzeigers wiederum mehr Kosten übernehmen. Ob das aus Sicht der Gemeinde tatsächlich besser wäre als der heutige Propagandaversand, weiss ich nicht. und ich finde den Propagandaversand auch dann sinnvoll, wenn er in Zeiten von Social Media und elektronischen Medien vielleicht nicht mehr ganz modern erscheint. Es gibt nach wie vor sehr viele Menschen, die klassische Medien nicht konsumieren. Gleichzeitig weiss man bei elektronischen Medien nicht immer, was wann, wo und unter welchen Bedingungen ausgespielt wird. Darum finde ich den direkten Versand wichtig. So hat grundsätzlich jede und jeder die Möglichkeit, sich entsprechend zu informieren. Wenn man diese Möglichkeit nicht nutzen möchte, ist das letztlich jedem selbst überlassen. Der letzte Punkt, das Verbot von Plakaten für Veranstaltungen, passt für mich eigentlich gar nicht in dieses Thema. Ich finde aber auch diesen Vorschlag weder sinnvoll noch notwendig. Aus diesen Gründen bitte ich euch, beim Status quo zu bleiben und die Prüfung beziehungsweise die vorgeschlagenen Änderungen abzulehnen.

Patrick Eichenberger: Wir waren doch ein bisschen erstaunt über dieses Postulat. Wäre das Postulat von uns formuliert worden, hätte es vermutlich geheissen: «Das ist ja Kommunismus.» Weiter links kann man die SP eigentlich kaum überholen. Denn auch wenn der Gerechtigkeitsgedanke dahinter nachvollziehbar ist, geht uns das Postulat viel zu weit. Als SP-Fraktion sind wir deshalb dezidiert gegen die Überweisung dieses Postulats, weil es aus unserer Sicht an wichtigen Grundsätzen der liberalen Demokratie rüttelt und sich tendenziell gegen Mehrheitsentscheide sowie gegen die Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit richtet.

Für uns Sozialdemokraten war Politik immer schon ein Wettstreit zwischen verschiedenen politischen Ideen. Wer die besseren Ideen hat, erhält in der Regel auch mehr Stimmen und mehr Sitze. Und ich bin ziemlich sicher, liebe Dominique und liebe Mitte, dass euer Problem eher bei den Ideen beziehungsweise bei der Ideenlosigkeit zu finden ist als bei der politischen Mobilisierung. Natürlich spielt auch die Sichtbarkeit einer Partei eine gewisse Rolle. Aber was die Mitte hier vorschlägt, ist grotesk. Wenn man den Vorschlag nämlich weiterdenkt, könnte man auf den Gedanken kommen, dass es ungerecht ist, dass die Mitte nur zwei Einwohnerräte hat, obwohl sie doch ebenfalls engagierte Wahlkampagnen führt. Wäre es dann nicht gerechter, allen Parteien gleich viele Sitze zu geben, unabhängig davon, wie gross sie sind? Ich muss die Antwort auf diese Frage nicht geben. Ihr seht selbst, wie absurd das Postulat im Kern ist. Wobei wir als SP allenfalls Hand bieten könnten, wäre die Frage, wie man Plakatierungsmaterial nachhaltiger und umweltfreundlicher produzieren kann. Allerdings war dieses Argument wohl eher ein Deckmantel für die eigentliche Absicht, nämlich die anderen Parteien politisch zurückzubinden. Ich bitte euch deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.

Emil Job: Die Unabhängigen Pratteln haben das ausführlich diskutiert und sind auch gegen die Überweisung. Wir möchten nur auf ein paar wenige Punkte verweisen, die meisten Punkte sind schon erwähnt worden. Es geht vor allem auch darum, dass die Gleichberechtigung der Parteien bei Abstimmungen und Wahlen gewahrt wird und das wäre nicht mehr, wenn man den Versand über die Gemeinde einstellen würde. Das andere ist, dass die sogenannte IT-Affinität der Bevölkerung immer wieder überschätzt wird. Es gibt ganz viele Leute, die haben überhaupt nichts mit den sogenannten Social Media zu tun und informieren sich immer noch über die ganz normalen analogen Medien oder eben über den Wahlversand. Und somit würden die schlicht und ergreifend vom Informationsfluss abgehängt und das kann es nicht sein.

Martin Stohler: Grundsätzlich ist schon alles gesagt worden. Aber auch wir haben das in der Fraktion noch kurz diskutiert und sind dabei unter anderem beim Verteilerschlüssel hängen geblieben: Wie soll dieser aussehen? Wo sollen die Plakatstände stehen? Es ist wahrscheinlich egal, wo man sie hinstellt – sie stehen am Ende zu 100 Prozent am falschen Ort. Was mir persönlich und auch unserer Fraktion noch ein Anliegen war, ist die Plakatierung für unsere Vereine, die mit einer solchen Regelung wegfallen würde. Ich finde, das ist ein grosser Teil unserer Kultur und trägt dazu bei, dass die Bevölkerung informiert wird, was im Dorf läuft und

welche Veranstaltungen stattfinden. Ich finde das grundsätzlich sehr positiv. Die Plakate dieses Jahr, das muss ich auch sagen, habe ich zweimal beim Auf- und Abhängen geholfen. Es ist wirklich verdammt mühsam und auch nicht gerade umweltfreundlich, das muss ich persönlich zugeben. Vor allem beim Abplakatieren, ich habe nicht nur die Plakate unserer eigenen Partei abgenommen, sondern auch viele andere. Man entsorgt sie zwar fachgerecht, aber es ist letztlich bedruckter Kunststoff. Aber lassen wir das einmal so im Raum stehen.

Die Gemeindepräsidentin Silvia Lerch hat gesagt, dass sich die Plakatierung bei einem Verbot auf Gemeindestrassen beziehungsweise Gemeindeeigentum auf die Kantonsstrassen verlagern würde. Das wird sehr wahrscheinlich tatsächlich der Fall sein. Und aus diesem Grund hätten wir am Ende einfach alles aufeinander und das Problem wäre damit nicht gelöst. Den Propagandaversand finde ich persönlich sehr gut. Ich sehe das auch bei meinen Eltern: Sie legen die Unterlagen nebeneinander und vergleichen die verschiedenen Positionen, Aussagen und Argumente. Und deshalb würde ich gerne daran festhalten, dass die Bevölkerung diese Möglichkeit weiterhin hat, sich eine Meinung zu bilden. Denn wenn man von sechs oder sieben Parteien verschiedene Meinungen hat, kann man den Leuten nicht einfach sechs oder sieben iPads vor die Nase stellen, damit sie sich dort alles anschauen. Von daher wird unsere Fraktion das Postulat ebenfalls nicht überweisen.

neue Präsenz

Es sind zurzeit 31 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 16, das $\frac{2}{3}$ Mehr 21 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 24 Stimmen.

Dominique Häring: Ich finde es interessant, was jetzt von Seiten der SP für ein Votum gekommen ist, von wegen Meinungsfreiheit, kommunistisch geführt und Sinnlosigkeit bzw. Ideenlosigkeit. Das ist schon fast ein persönlicher Angriff. Ich frage mich deshalb, ob Gemeinden wie Binningen, Arlesheim oder Allschwil bei euch jetzt auch als kommunistisch geführt gelten, nur weil sie solche Regelungen haben und diese offenbar funktionieren und es hat ja überhaupt nichts damit zu tun, dass das alles umgesetzt werden muss. Es geht bei einem Postulat darum, etwas zu prüfen und darüber zu berichten. Das widerspricht weder der Meinungsfreiheit noch der politischen Kommunikation. Es geht lediglich darum, dass wir einen anderen Weg prüfen können, nicht mehr und nicht weniger. Was ihr in diesem Postulat interpretiert, weiss ich nicht. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, wo ihr das zwischen den Zeilen gelesen habt. Aber ich finde es schon ein bisschen frech, wie hier argumentiert wurde.

Patrick Eichenberger: Niemand hat gesagt, auch ich nicht, dass Binningen oder irgendeine andere Gemeinde kommunistisch geführt wird, also ich weiss nicht, was du da verstanden hast, Dominique aber zuhören könnte man dem politischen Gegner doch ein bisschen besser. Wenn man den Parteien vorschreibt, in welchem Verhältnis sie zu plakatieren haben und nicht zu plakatieren haben, dann ist das eine sehr starke Intervention vom Staat, die im Prinzip eigentlich in eine sozialistische Richtung geht. Das ist alles, was ich zum Ausdruck bringen wollte und ich glaube, die anderen Ratsmitglieder haben das auch verstanden.

Der Rat beschliesst mit 28 Nein- zu 3 Ja-Stimmen:

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

9. Nr. 542

Fragestunde

Sebastian Enders: Frage: Christoph Zwahlen, UP, Durchgang Lohagstrasse zur Langsamverkehrsachse Rheinstrasse und fehlende Abfalleimer

GR Petra Ramseier: Frage 1: Wann erfolgt die Öffnung des versprochenen Durchgangs? Dort ist der Landabtausch mit den Grundeigentümern noch nicht unter Dach und Fach. Gegen Ende September sollten dann die Unterschriften da sein und sobald die Eigentumsverhältnisse geklärt sind, kann man den geplanten Weg erstellen. Sollte dies nicht möglich sein, kann ein Tor

zum Beispiel beim Hydranten am Ende der Lohargstrasse angebracht werden? Wie gesagt kann man am anderen Ort einen Weg machen, von dem her ist das nicht nötig. Ist vorgesehen, Abfalleimer oder Robidogkübel entlang der Rheinstrasse anzubringen und wenn ja, wann und wo? Es ist noch nichts definitiv geplant. Abfalleimer, Robidogkübel sind immer auch eine Kostenfrage, prioritär werden die bei Bänkli und Grillstellen herangestellt, da müsste man jetzt noch schauen, ob wann und wie etwas kommt. Das ist jetzt noch nicht vorgesehen, man schaut evtl. auch wie sich das entwickelt und handelt.

Sebastian Enders: Frage 2: Patrick Weisskopf, UP, Öffentliche Auflage – Bau- und Strassenlinienplanung (BSP) «Mutation Salinenstrasse»

GR Petra Ramseier: Frage 1, Eintrag im ÖREB/KbS-Kataster: Sind aktuell neben der Parzelle 988 weitere Parzellen im Bereich des geplanten Kreisels im Kataster der belasteten Standorte (KbS) eingetragen? Wenn ja, mit welcher altlastenrechtlichen Klassierung? Nein, es hat keine weiteren Einträge.

Frage 2: Kenntnisstand der Gemeinde: Welche gesicherten Erkenntnisse oder historischen Berichte (z.B. frühere gewerbliche Nutzung, Unfälle oder Ablagerungen) liegen der Gemeinde respektive der Bauverwaltung zu diesen Parzellen vor und um welche Stoffe handelt es sich? Also wir haben einfach den Ist-Zustand, da hat es Untersuchungen gegeben, die Parzelle 988 ist untersucht worden und man hat PFAS festgestellt und die Parzelle 993 Salinenstrasse Randstreifen ist ebenfalls untersucht worden, es hat auch dort PFAS im geringeren Umfang als auf dem 988. Zu den historischen Ständen können wir nichts sagen.

Frage 3: Rolle der Gemeinde beim Bauvorhaben: Welche spezifischen Auflagen, Einschränkungen oder Kosten kommen auf die Gemeinde zu, falls auf diesen Parzellen bauliche Veränderungen oder Bodenaushübe geplant werden? Es ist zu erwarten, dass in den Baubewilligungen Auflagen gemacht werden einerseits hinsichtlich der Planung, also dass man Sondierungen machen muss, fachliche Untersuchungen, wie die Belastung und wie der Aushub aussehen wird und dann auch Auflagen zur Entsorgung, also dass man den allfälligen Aushub dann auch nach dem üblichen Vorgehen entsorgt, also dass das in die richtigen Deponien kommt.

Frage 4: Gefährdungspotential: Sind dem Gemeinderat im Zusammenhang mit diesen Parzellen Risiken oder Überwachungsmaßnahmen bezüglich des lokalen Grundwassers oder anderer angrenzenden Parzellen bekannt? Nein, die reguläre Trinkwasserversorgung stammt aus dem Ergolz-Grundwasserstrom. Dort werden die gesetzlichen Anforderungen streng überwacht und wir sehen dort keinen Einfluss auf das Grundwasser.

Frage 5: Eigentumsverhältnisse: Befinden sich Grundstücke ganz oder teilweise im Eigentum der Einwohnergemeinde oder Bürgergemeinde Pratteln, oder ist die Gemeinde in irgendeiner Form als potentielle Störerin oder Verursacher einer Belastung tangiert? Also ja, die Parzelle 993 Salinenstrasse ist im Eigentum der Einwohnergemeinde und die Gemeinde muss sich dann auch an den Entsorgungskosten beteiligen. Zu weiteren Parzellen kann ich im Moment nichts sagen, das war jetzt gerade ein bisschen viel, um das auf heute abzuklären.

Frage 6: Kanton und Eigenossenschaft: Welchen Rollen und Standpunkte nehmen der Kanton und die Eigenossenschaft bei diesen Parzellen ein? Also der Bund und das Bundesamt für Umwelt gibt den rechtlichen und fachlichen Rahmen vor und die Kantone vollziehen dann die bundesrechtlichen Vorgaben. Das ist auch bei Altlasten so und relevant, weil die wesentlichen Anforderungen aus dem Bundesumweltrecht und der Altlastenverordnung stammen. Der Kanton bzw. das Amt für Umweltschutz und Energie AUE nimmt bei belasteten Standorten die zentrale fachliche Rolle ein und auch den Vollzug. Der Kanton ist vor allem zuständig für die Beurteilung von belasteten Standorten, Untersuchungs- und Überwachungsmaßnahmen, Beurteilung von Sanierungsfragen, Beurteilung von Aushub und Entsorgung, für den Vollzug des Umwelt- und Altlastenrechts und die Beurteilung von Auswirkungen auf das Grundwasser und andere Schutzgüter. Der Kanton führt dafür auch das Kataster der Belastungsstandorte. Die Gemeinde Pratteln ist vor allem als Grundeigentümerin, Bauherrin oder im Rahmen von kommunalen Bewilligungs- und Planungsaufgaben betroffen, sie übernimmt aber keine Funktion jetzt analog zu den kantonalen Altlastenbehörden. Das sind soweit meine Antworten gewesen.

Sebastian Enders: Frage 3: Patrick Eichenberger, Fraktion der SP, Fristgerechte Bearbeitung der politischen Geschäfte

GR Petra Ramseier: Ich möchte mich zuerst entschuldigen, dass das Postulat liegen geblieben ist, das hat hauptsächlich mit Engpässen auf der Verwaltung zu tun aber ich wollte jetzt noch etwas dazu sagen. Ob es für die nächste oder übernächste Sitzung traktandiert wird, ist noch nicht ganz klar weil für die nächste Sitzung muss ich es schon in einer Woche dem Gemeinderat überweisen und das könnte ein bisschen knapp werden, von dem her sicher in der übernächsten. Es sind schon ein paar Abklärungen gemacht worden, es wurde eine Kontrolle der Strassenbeleuchtung gemacht. Die Gemeindepolizei macht verstärkte Kontrollen, auch am Fussgängerstreifen, auch wie die PKWs anhalten, wie es Rollstopp gibt usw. Also es ist schon am Laufen, aber es ist einfach noch nicht fertig zusammengestellt alles und deswegen ist die Antwort noch nicht da aber es kommt sobald es möglich ist.

Sebastian Enders: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 20.29 Uhr beendet.

Pratteln, 12. Oktober 2026

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Sebastian Enders

Nurhan Tasdelen